

# Der BGV unterstützt die Gebietsreform-Initiative

**Ein überparteiliches Komitee lanciert eine Volksinitiative, welche die Überstrukturierung in Graubünden abbauen und die Gemeinden stärken will. Das Komitee, das sich aus Angehörigen eines breiten politischen Spektrums bürgerlicher Parteien, der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden zusammensetzt, lanciert die Initiative in Form einer allgemeinen Anregung.**

Der Kanton Graubünden ist überstrukturiert: 180 Gemeinden, 39 Kreise, 11 Bezirke, 14 Regionalorganisationen und über 400 Zweckverbände prägen das unübersichtliche Bild. Diese Struktur ist schwerfällig, ineffizient, hemmt die wirtschaftliche Entwicklung, erschwert zukunftsgerichtetes politisches Planen und Handeln und stellt die Zukunftsfähigkeit vieler Bündner Regionen in Frage.

## Das Problem

Eine Gebietsreform ist dringend nötig. Dies wird auch von kaum jemandem bestritten. Wenn es aber konkret wird, gehen die Meinungen auseinander und es geschieht wenig. Die in letzter Zeit erfolgten Gemeindezusammenschlüsse sind zwar richtig und wichtig. **Häufig sind sie aber der Not gehorchend entstanden und nicht aus freien Stücken.** In der bisherigen Diskussion haben ein entschlossener Gestaltungswille und ein ganzheitliches Projekt mit einem gesamtkantonalen Blick gefehlt. Die von einem breit abgestützten Komitee lancierte Volksinitiative «Starke Gemeinden – starker Kanton» schlägt eine umfassende Gebietsreform vor, welche Graubünden für die Zukunft fit machen will. **Der BGV hat seit vielen Jahren in allen seinen strategischen Zielsetzungen (Wirtschaftsleitbild, wirtschaftspolitisches Manifest, 9-Punkte-Programm etc.) eine deutliche Reduktion der Gemeinden verlangt.**

## Der Lösungsansatz

Die Volksinitiative hat die Form einer allgemeinen Anregung. Sie formuliert drei Grundsätze, welche für die künftige Gebiets-

struktur des Kantons massgebend sein sollen. Spätestens ein Jahr nach Annahme der Initiative muss die Regierung dem Grossen Rat eine Botschaft für eine konkrete Gebietsreform präsentieren, welche sich an die Grundsätze der Initiative hält.

1. Graubünden ist in drei Stufen gegliedert: **der Kanton, eine mittlere Ebene** (Bezirk, Region, o.ä.) **und die Gemeinden.** Die staatlichen Aufgaben werden grundsätzlich einer dieser drei Ebenen zugewiesen. Damit werden die Kreise, die Zweckverbände und die Regionalorganisationen als zusätzliche staatliche Ebenen überflüssig. Dies bedeutet kürzere Entscheidungswege, effizienteres staatliches Planen und Handeln, weniger Leerläufe bei gleichzeitig deutlich mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

2. Die Zahl der Gemeinden soll 50 nicht wesentlich überschreiten. **Damit werden die Gemeinden gestärkt und sie sind in der Lage, ihre wichtigsten Aufgaben selbstständig zu erfüllen.** Dies liegt nicht nur im Interesse der Gemeinden selbst, sondern auch im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

3. **Die Gebietsreform soll sich wo möglich und sinnvoll an die bestehenden Strukturen anlehnen.** Zu denken ist etwa an Kreise, die zu Gemeinden werden können, oder an Talschaftsgemeinden (vorbildlich sind das Münstertal oder das Bergell, die das Ziel der Initiative schon umgesetzt haben). Berücksichtigt werden soll aber auch die kulturelle und sprachliche Situation, die Topografie sowie die Verkehrsverbindungen und weitere öffentliche Infrastrukturen.

Die Initiative schlägt also ein Gesamtkonzept vor, welches alle staatlichen Ebenen und den ganzen Kanton betrifft. **Dies ist weitaus sinnvoller als das Aneinanderreihen von mehr oder weniger zufälligen Teilreformen und Fusionen, die insge-**

**samt dann doch nicht konsistent sind.** Nicht Gegenstand der Initiative ist das Wahlverfahren für den Grossen Rat und die Frage, ob es neben den politischen Gemeinden auch Bürgergemeinden geben soll.

## Die Gegner

Seit der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes entschieden hat, zusammen mit anderen bürgerlichen Exponenten und den Partnern in den Dachorganisationen der Wirtschaft im überparteilichen Komitee mitzuwirken, sind v.a. drei Argumente gefallen, die aber nicht stichhaltig sind. Gesagt wurde: **«Eine Gebietsreform muss von unten wachsen und darf nicht von oben diktiert werden.»**

Dieses Argument irritiert und zeugt von einem etwas sonderbaren Demokratieverständnis. Im Staatskundeunterricht haben wir doch gelernt, dass die Volksinitiative das wichtigste Instrument ist, um die Politik «von unten» zu beeinflussen. Es wird gerade dann benutzt, wenn der Eindruck entsteht, dass «die oben» (Regierung, Parlament) ein Problem nicht, falsch oder zu wenig entschlossen anpacken. Letzteres ist bei der Gebietsreform in Graubünden der Fall. Einer Initiative kann man deshalb viel vorwerfen, so zum Beispiel sie verfehle das Ziel, sie sei schon umgesetzt, es sei eine Zwängerei oder sie sei inhaltlich falsch. Aber gewiss kann man ihr nicht vorwerfen, dass sie «von oben» kommt. **Die Gebietsreform-Initiative ist**

**also das Gegenteil eines Diktats von oben.** Sie ist ein direktdemokratisches Projekt von unten, welches im Interesse Graubündens mit

einem Gesamtkonzept den Blick für das Ganze nicht verliert.

## «Die Zahl von 50 ist falsch.»

Zugegeben, das Festschreiben einer Zahl ist heikel. Deshalb wählt die Initiative eine sehr elastische Formulierung, die aber doch eine klare Vorgabe macht: «Die Zahl der Gemeinden soll 50 nicht wesentlich

«Der Initiative kann man nicht vorwerfen, dass sie «von oben» kommt.»



überschreiten». **Damit ist einerseits klar, dass die Zahl 50 keine starre Vorgabe ist, andererseits wird aber auch deutlich gemacht, dass es im Ergebnis auch etwas über 50 Gemeinden sein können**, dass aber auch 30 oder 40 Gemeinden möglich wären. Eine optimale Gemeindegrösse dürfte bei etwa 3000 bis 4000 Einwohnerinnen und Einwohner liegen. Ohne die Stadt Chur hat Graubünden rund 150 000 Einwohner. Bei durchschnittlich 3000 Einwohnern pro Gemeinde ergeben sich etwa 50 Gemeinden. Ist diese Zielsetzung für eine Initiative so verfehlt?

**«Die Initiative ist randregionenfeindlich.»**

Diese Behauptung ist mit rationalen Überlegungen nicht nachvollziehbar. Kleine Gemeinden in abgelegenen Regionen ha-

ben gegenüber dem Kanton oder anderen wichtigen Institutionen (Post, Kraftwerke, Swisscom) eine extrem schwache Verhandlungsposition. **Zudem haben in aller Regel gerade sie die grösste Mühe, ihre Aufgaben zukunftsgerichtet zu erfüllen, was der Abwanderung Vorschub leistet.** Ist es denn wirklich ein Zufall, dass gerade zwei der abgelegensten Talschaften fortschrittliche Strukturreformen durchgeführt haben, die genau im Sinne der Initiative sind (Münstertal und Bergell)? Starke Gemeinden stärken die Randregionen. Darum ist die Gebietsreform-Initiative ausgesprochen randregionenfreundlich.

**Fazit**

Die Gebietsreform-Initiative bietet Graubünden eine Zukunftsperspektive für höhe-

Der Text der Initiative findet sich nach der Lancierung Mitte Mai auf [www.kgv-gr.ch](http://www.kgv-gr.ch). Dort können dann ebenfalls Unterschriftenbogen heruntergeladen werden.

re Professionalität beim politischen Planen und Handeln. Sie ergibt zusätzliche Chancen für höhere Wertschöpfung. Autonomie und Demokratie werden gestärkt. Sie ist das Gegenteil eines Diktats von oben, sondern ein direktdemokratisches Projekt von unten. Es liegt im Interesse des gesamten Kantons und verliert mit einem Gesamtkonzept den Blick für das Ganze nicht. Deshalb unterstützt der BGV die Initiative.

Urs Schädler, Präsident BGV

